

# Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie

Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Nichtenberg-Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:  
die sechsgespaltene Kolonetzelle 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.  
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Branindustrie macht es jedem Arbeiter in der Branindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Bräuereiarbeiterverband anzuschließen!

## Wie unsere Steuern aufgebracht und verthan werden.

XIII.

Salz und Zucker.

Von allen indirekten Steuern ist die Salzsteuer die gemeinste. Keiner ihrer Anhänger kann etwas anderes zu ihren Gunsten vorbringen, als daß sie — ergiebig ist und schon lange besteht. Das ist richtig: die Salzsteuer hat das Deutsche Reich bereits vom Norddeutschen Bunde übernommen. Sie beruht auf einem Geſetz vom 12. Oktober 1887 und ist seitdem nicht geändert worden. Nur die Ausführungsbestimmungen haben verschiedene Umgestaltungen erfahren; und was den Ertrag anlangt, so stieg bei gleichbleibenden Steuerfügen mit der wachsenden Bevölkerung des Reiches naturgemäß auch die Einnahme, und zwar von 89 Millionen Mark im Durchschnitt der Jahre 1872—1877 auf beinahe 60 Millionen Mark im Durchschnitt der Jahre 1905—1907. Ohne Salz kann der Mensch nicht leben. Aus diesem Grunde folgt, daß die Salzsteuer, wie immer sie auch eingerichtet sein mag, den Charakter einer Kopfsteuer tragen muß. Aber dazu kommt ein-übriges: bei ihrer feldarmen und reizlosen Kost brauchen die ärmeren Schichten der Bevölkerung, die wegen ihres geringen Einkommens auf den Verzehr großer Mengen von Kartoffeln und Leguminosen (Bohnen, Erbsen) angewiesen sind und dabei einen starken Brotkonsum haben, im Durchschnitt weit mehr Salz als die reicheren Leute; die Salzsteuer belastet also die Ärmern schwerer als die Reichen. Diese Ungerechtigkeit ist im gegebenen Falle keineswegs unbedeutend, wie man aus den Zahlen der Statistik ersehen kann. Der Durchschnittskonsum an Salz zu Speisezwecken berechnet sich in Deutschland auf ungefähr 8 Kilogramm pro Kopf jährlich und zeigt seit vielen Jahren keine nennenswerte Veränderung. Die preussische Anlieberungskommission bewilligt aber nach ihrem Ruchenzettel, der sich den Wohnheiten und Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung genau anzupassen sucht, den Konsum pro Kopf jährlich auf 40 Gramm Salz, das macht nahezu 15 Kilogramm im Jahre, also beinahe doppelt so viel als der Durchschnitt des Konsums im Reich beträgt. Doch auch damit immer noch nicht genug: die Salzsteuer, die an den Gewinnungsstätten des Salzes erhoben wird und 12 M. pro Doppelzentner beträgt, versteuert das Material um 300 Proz. seiner Herstellungskosten und um 60 Proz. seines Verkaufspreises. Mit anderen Worten: die Steuer, die auf Salz ruht, ist viel höher als der Wert des Salzes selbst. Wir finden also tatsächlich bei der Salzsteuer alle nur denkbaren Nachteile der indirekten Steuer vereinigt. In den Anstalten zur Ausbildung unserer Tierärzte sieht man an den Wänden der Unterrichtsräume Tafeln mit einem merkwürdigen Gebilde aufgehängt: es ist das sogenannte „ranke Pferd“, d. h. die Darstellung eines Pferdes, an dem man schematisch alle überhaupt bekannten und denkbaren Krankheiten aufgezeichnet hat. An dieses „Pferd mit allen Krankheiten“ wird man unwillkürlich erinnert, wenn man bei einer Betrachtung unserer Steuerwesens zur Salzsteuer gelangt.

Bestrebungen, die Salzsteuer abzuschaffen, sind auch in Deutschland wiederholt unternommen worden. Aber so viele Male der Versuch gemacht wurde, so oft ist er auch gescheitert. Im Jahre 1872 haben sich sogar einmal die Konservativen den Luxus geleistet, die Aufhebung der Steuer zu fordern, dann aber mit Freuden einer Resolution zugestimmt, worin es billig und platonisch heißt, daß man später einmal, wenn es die Finanzlage des Reiches gestattet, die „Forderung der Gerechtigkeit“ erfüllen und die Salzsteuer aufheben solle. Die Zeit, wo das Reich auf die 60 Millionen Mark Salzsteuern verzichten könnte, ist bis heute nicht gekommen. Und so sind denn, wie gesagt, die wiederholten Versuche von der sozialdemokratischen Fraktion veranfaßten Aufhebung der Steuer gescheitert; noch bei der Zollreform 1902 und auch bei der Reichsfinanzreform 1909 wurde die Sozialdemokraten die Aufhebung der Salzsteuer vergeblich beantragt.

Mit der Zuckersteuer ist ein höchst interessantes Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte auf das innigste verknüpft. Erst seit etwa einem Jahrhundert stellt man in Europa größere Mengen Zucker her. Bis dahin beschränkte man sich auf den Verzehr des sogenannten Kolonialzuckers, d. h. des in tropischen Ländern aus dem Zuckerrohr gewonnenen Zuckers, den man bei der Einfuhr in europäische Länder mit einem mehr oder weniger hohen Zoll belegte. Den äußeren Anstoß zum Entstehen der Zuckerindustrie der Zuckerrübe bei uns zulande bildete die von Napoleon angeordnete Kontinentalsperre, die von 1806 bis 1812 dauerte. Durch sehr wechselvollem Schicksal erreichte die Zuckerkultur im Deutschen Reich eine Flächenausdehnung von 450 000 Hektar jährlich, auf denen je 300 Doppelzentner Rüben gewonnen werden. Wir besitzen nahezu 400 Zuckerrüben in Deutschland, die jetzt im Jahre rund 23 Millionen Doppelzentner Zucker herstellen.

Als mit dem Ausschluß des Kolonialzuckers die Ertragnisse des Zuckers erheblich sanken, bemühten sich die Staaten, sofort einen Ersatz dafür durch eine Besteuerung des einheimischen Zuckers zu finden. Zu der ursprünglichen Form war die Zuckersteuer eine sogenannte Materialsteuer, d. h. sie wurde nach der Menge der verbrauchten Zuckerrüben bemessen. Es liegt auf der Hand, daß dieses Steuerwesen für die Industrie einen starken Anreiz bildete,

hochprozentige Zuckerrüben zu bevorzugen, um aus einer gegebenen Menge von Rüben die größtmögliche Quantität Zucker zu gewinnen. Man hat im Laufe der Jahre gelernt, den Prozentgehalt an Zuckergehalt der Rüben von kaum 6 Proz. auf mehr als 16 Prozent zu steigern. Nach der Zuckersteuer, die vom Jahre 1889 bis zum Jahre 1886 unverändert blieb, wurde der Doppelzentner Rüben mit 1,60 M. Steuer belastet, während bei der Einfuhr des Zuckers nach dem Auslande 18 M. für den Doppelzentner Zucker zurückgezahlt wurden. Infolge der Verbesserung der Qualität der Rüben säckelten die Zuckerrüben, wenn sie den im Inland versteuerten Zucker nach dem Ausland schafften und den erwähnten Steuerfuß zurückhielten, eine direkte Prämie von 6 M. für den Doppelzentner ein. Das bildete einen starken Anreiz, die Zuckerrübenproduktion außerordentlich rasch auszudehnen. In jenen Jahren entstanden besonders in der Provinz Sachsen, im Herzogtum Braunschweig, im Herzogtum Anhalt, aber auch in Ostpreußen zahlreiche Zuckerrübenfabriken, meistens in der Form von Aktiengesellschaften, deren Kapital zumeist von den Bauern und Gutsbesitzern aufgebracht wurde. Die Ausfuhrprämie gestattete den Zuckerrübenfabriken, ungeheure Dividenden auszuzahlen; manche Fabriken in günstiger Lage und mit gutem Nübenboden in der Nähe haben damals Jahr für Jahr durch länger als ein Jahrzehnt 100 Proz. Dividenden auf das eingezahlte Kapital zurückvergütet, d. h. in jedem Jahre den gesamten Einfluß ihren Aktionären wieder zur Verfügung gestellt. Da die Ausfuhrprämien mit der Zeit fast den ganzen Ertrag der Zuckersteuer aufzehrten, der Preis des Zuckers dabei im Inland ganz erheblich höher stand als im Ausland, so sah sich die Reichsregierung im Jahre 1886 genötigt, einen Änderungsvorschlag (Einführung einer Verbrauchsabgabe neben der herabgesetzten Rübensteuer) einzubringen. Aber der Einfluß der Zuckerrüben im Reichstag war so stark, daß es unmöglich war, den Grundgedanken des Systems ein Ende zu bereiten. Die Ausfuhrprämie wurde zwar etwas vermindert, betrug aber immer noch 8,50 M. für den Doppelzentner. Der Erfolg war auch weiterhin ein dauernder Rückgang des Ertrages der Steuer für die Reichskasse. Alle deutschen Zuckerbehalter mußten sich eine unsinnige Verteuerung des Produktes gefallen lassen, nur um den agrarischen Zuckerrüben die Taschen zu füllen. Man muß die Dinge aus nächster Nähe beobachtet haben, um einen Begriff davon zu haben, wie die Nübenbarone damals mit dem Gelde wirtschafteten! Gewiß haben manche von ihnen auch ihren Betrieb verbessert und durch bessere Bestellung ihre Ländereien, durch Verwendung von künstlichem Dünger sowie von landwirtschaftlichen Maschinen die Bodenkultur intensiver gestaltet, aber mehr noch wurde für wilde Seffelage, Ankauf von Kaleschen und Luxusgegenständen, für käufliche Weiber und Toiletten der Dorfschönen verschwendet. Die Preise des landwirtschaftlichen Bodens, soweit er zum Nübenbau geeignet war, stiegen ins Abenteuerliche, und damit war der erste und wichtigste Anstoß zu den späteren maßlosen Zollforderungen der Agrarier gegeben.

Nach harten Kämpfen im Lande wie im Reichstag kam endlich durch das Gesetz vom 31. Mai 1891 die Beseitigung der Rübensteuer und die Einführung der reinen Verbrauchsabgabe, das noch heute herrschende Steuerwesen; zunächst wurde sie auf 18 M. pro Doppelzentner festgesetzt bei einem Zoll von 30 M. auf die Einfuhr; die Ausfuhrprämien, jetzt schamhaft „Ausfuhrzuschüsse“ genannt, blieben einseitig bestehen; sie sollten zwar allmählich herabgesetzt werden, das geschah aber nicht. Das ging so weiter bis zum Jahre 1897, wo die Prämien auf 2,50 M. festgesetzt und zugleich die Verbrauchsabgabe von 18 M. auf 20 M. erhöht wurde. Da aber inzwischen die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Zuckerrübenfabriken beängstigend geworden war, so führte man gleichzeitig eine Kontingentierung ein; man begrenzte für jede Fabrik die Menge von Zucker, die sie zu dem gewöhnlichen Steuerfuß herstellen konnte, und belegte das über das Kontingent hinaus produzierte mit einer besonderen Betriebssteuer. Vielleicht wäre an diesem für die Agrarier sehr vorteilhaften Gesetz bis heute noch nichts geändert, wenn nicht das Ausland eingegriffen hätte. Zwar hatte das Ausland als Konsument den Vorteil, auf dem internationalen Markte den Zucker um mindestens den Betrag der deutschen Ausfuhrprämie billiger zu kaufen, als er in Deutschland feilgeboten wurde; aber den ausländischen Konsumenteninteressen stand auch ein ausländisches Produktionsinteresse entgegen, und die Agrarier, die in Amerika, Rußland, Oesterreich, Belgien und so weiter große Zuckerrüben angelegt hatten, waren von der deutschen Schutzzollkonkurrenz keineswegs entzündet. Besonders Rußland und Amerika drängten auf eine Beseitigung der Prämie, und so kam es denn 1902 auf einer internationalen Konferenz in Brüssel zum Abschluß einer Konvention, wonach die Prämien überall abgeschafft werden mußten, wenn nicht der Zucker eines Prämienlandes bei der Einfuhr in andere Länder mit einer Strafsteuer belegt werden sollte. Auf Grund dieses Abkommens beseitigte der Reichstag vom 1. September 1903 ab die Prämien, beseitigte ferner die Kontingentierung und ermäßigte die innere Verbrauchsabgabe von 20 auf 14 M. Die Folge davon war eine außerordentlich rasche Steigerung des Zuckerkonsums im Inlande. Von durchschnittlich 5 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1871 ist er auf 9 Kilogramm im Jahre 1890 und auf 17 Kilogramm im letzten Jahre gestiegen. Damit bleibt aber der deutsche Zuckerkonsum noch immer erheblich hinter dem des Auslandes zurück, denn in Großbritannien werden ungefähr 38 Kilogramm, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ungefähr 30 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung verzehrt.

Im Jahre 1906 fand eine neue internationale Konferenz in Brüssel statt, die die Zuckerkonvention auf Grundlage der Prämienabschaffung auf neue 5 Jahre verlängerte. Da somit die Aussicht auf Wiedereinführung von direkten oder indirekten Zuckerprämien für die Agrarier ausgeschlossen erschien, so mußten sie darauf bedacht sein, das Absatzgebiet für ihren Zucker innerhalb der deutschen Zollgrenzen zu erhöhen. Das geht aber offenbar nur, wenn es ihnen gelingt, den Preis des Zuckers herabzusetzen und ihn der Leistungsfähigkeit des Volkes mehr anzupassen, als es bisher der Fall war. Daher erstreuen wir uns an dem seltsamen Schauspiel, daß, soweit es die Zuckersteuer anlangt, die Agrarier die lebhaftesten Wortführer für eine Herabsetzung der Steuer sind. Schon im Jahre 1907 beantragten die Konservativen, die Zuckersteuer von 14 M. auf 10 M. herabzusetzen. Der damals amtierende Schatzsekretär Freiherr von Stengel erregte durch seinen mit der Notlage der Reichskasse motivierten Widerspruch gegen diese Maßregel so sehr den Zorn unserer Junker, daß sie ihn rüchichtslos stützten. Am 18. Februar 1908 wurde ein Gesetz über Abänderung des Zuckersteuergesetzes angenommen, wonach vom 1. April 1909 ab die Zuckersteuer auf 10 M. pro 100-Kilogramm Reingewicht herabgesetzt werden sollte, „sofern bis dahin Geſetze zustande kommen, die eine Erhöhung der anderen Einnahmen des Reiches um 25 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Geſetze erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.“

Bei der Reichsfinanzreform von 1908 wurde dann vorgeſchlagen, den Zeitpunkt für die Herabsetzung der Zuckersteuer auf den 1. April 1910 festzusetzen. In der Finanzkommission und auch in der ersten und zweiten Lesung des Reichstages wurde diese Bestimmung angenommen; inzwischen hatte sich aber dagegen eine starke Gegnerſchaft bemerkbar gemacht. Wenn nämlich die Zuckersteuer herabgesetzt und damit ein zunächst eintretender (übrigens ziemlich unwahrscheinlicher) Einnahmefall von 25 Millionen Mark zu verzeichnen gewesen wäre, so hätte müssen dieser Betrag durch andere Steuern aufgebracht werden, wahrscheinlich wohl zunächst durch Besitzsteuern. Das aber wollten die Agrarier auf alle Fälle verhindern und setzten es daher durch, daß der Zeitpunkt für die Herabsetzung der Zuckersteuer auf den 1. April 1914 verschoben wurde. Für sie handelte es sich dabei einfach um ein Reduzierungsspiel: es galt für sie, zu entscheiden, ob sie lieber eine höhere Zuckersteuer mit vermindertem Absatz oder lieber eine direkte Steuer in Form einer Erbschaftsteuer annehmen wollten. Aus Gründen, die hienächst bekannt sind, entschieden sie sich für den ersten Ausweg. Wir haben also auch für die nächste Zukunft noch mit einer Zuckersteuer zu rechnen, die den Zucker um etwa 100 Proz. seines Fabrikationspreises belastet; bei rund 155 Millionen Mark Gesamtbetrag kommen auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland ungefähr 2,50 M. Zuckersteuer. Waren es im Jahre 1902 die Freisinnigen gewesen, die einer starken und raschen Herabsetzung der Zuckersteuer widersprochen hatten, so dankt im Jahre 1909 das deutsche Volk die Beibehaltung der bestehenden hohen Zuckersteuer auf weitere fünf Jahre dem Weihen des schwarzen Schnapsbundes, in erster Linie dem Zentrum und den Konservativen.

Ein Zuckersoll von 20 M. ermöglicht übrigens auch heute noch der deutschen Zuckerindustrie, trotz der verringerten Inhaltsabgabe, den Preis ihres Produktes erheblich über dem Weltmarktpreis zu halten. Dadurch wird das deutsche Volk empfindlich geschädigt. Die Sozialdemokratie ist deshalb auch immer für eine vollständige Aufhebung der Zuckersteuer und in zweiter Linie für eine starke Herabsetzung der Verbrauchsabgabe und des Zolles eingetreten. Wie kam ein anderes Produkt bereinigt der Zucker in sich Eigenschaften eines Nahrungsmittels und eines Genussmittels; er ist ein hervorragendes Kräftigungsmittel und wird, wie die Geschichte des Zuckers beweist, von der Bevölkerung in jeder ihrer nur immer erscheinenden Quantität aufgenommen. Erst billigere Zuckerpreise würden auch in Deutschland das Aufkommen einer guten Früchte- und Obstverarbeitung gestatten, die in England bereits einen hohen Rang einnimmt. Fruchtarmeladen wären unserem Volke sehr zu wünschen, das heute sich mit der wenig nahrhaften Margarine oder anderen Fettsubstanzen das Brot zu bestreichen hat, vorausgesetzt, daß es überhaupt Brot und Fetturrogate noch zur Verfügung hat. Es ist deshalb sehr zu wünschen, daß am 1. April 1914 die Zuckersteuer nicht nur von 14 auf 10 M., sondern weit rascher herabgesetzt wird, wenn es nicht gelingen sollte, sie ganz aufzuheben.

## Zum Wahlrechtstempel in Preußen.

Bedeutung und Wertigkeit der Industrie und Landwirtschaft in Preußen.

Die gegenwärtige Wahlrechtsbewegung in Preußen wirbelt eine Menge von Fragen auf, die mit der Repräsentation des preussischen Volkes in engstem Zusammenhange stehen. Eine der wichtigsten davon ist das Verhältnis zwischen Stadt und Land in ihren Beziehungen zur Volksvertretung. Sie kommt vor allem zum Ausdruck in der Wahlkreis-einteilung, die von den herrschenden Parteien einschließlich der Regierung mit allen Mitteln künstlich aufrecht erhalten wird. Diese Wahlkreiseinteilung stammt aus dem Jahre 1858. Schon damals war sie auf eine Begünstigung des ländlichen Landes zugeschnitten, das der Regierung als die geeignete Stütze für ihre Zwecke erschien und auch heute noch erscheint. Damals war Preußen aber weit überwiegend noch ein Agrarstaat; die größere Hälfte seiner Bevölkerung zog ihren Erwerb noch aus der Landwirtschaft und sieben Zehntel derselben wohnten auf dem Lande.

Dieses Verhältnis hat sich seitdem von Grund aus geändert. Industrie, Handel und Verkehr sind in Preußen gewaltig emporgekommen und haben die Landwirtschaft zurückgedrängt.

Von 37,9 Millionen der Gesamtbevölkerung Preußens fanden nach der Volkszählung und Gewerbezahlung 1907 nur 10,8 Millionen einseitig Dienende und Angehörige oder 28,59 Proz. ihren Erwerb in der Landwirtschaft, dagegen 21,2 Millionen gleich 55,93 Proz. in Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr und 5,8 Millionen gleich 15,45 Proz. in privaten und öffentlichen Diensten sowie sonstigen Berufen.

Nach der Bevölkerungsstatistik 1905 wohnten 16,8 Millionen oder 45,22 Proz. in Städten, 18,3 Millionen oder 49,31 Prozent in Landgemeinden und nur 2,0 Millionen oder 5,44 Proz. in Gutsbezirken.

Table with 4 columns: Veranlagt, Erhöhen, Städtische Gemeinden, Landgemeinden. Values: 187,61, 209,90, 68,87, 69,90, 27,19, 39,29, 5,37, 7,77.

Die Städte brachten demnach an Einkommensteuer 249,19 Millionen Mark (76,2 Proz.), das Land nur 77,67 Millionen Mark (23,8 Prozent) auf. Nach diesem Ergebnis käme den Städten eine dreimal stärkere Vertretung zu als dem Lande.

Aus alledem ergibt sich, daß nicht die Landwirtschaft und das kleine Land, sondern Industrie, Handel und Verkehr und die Städte der breite Sockel sind, auf dem Preußens Staatsmacht beruht.

Sehen wir uns nun die preussische Wahlstatistik ein wenig näher an. Von je 100 städtischen Wählern wählen konservativ oder rechtskonservativ 95, zentumlich 16,09 und antimilitärisch oder landwirtsch. 0,22.

In dem Wahlkreis des Landes! Hier finden den Konservativen und Freiwirtschaftlichen von 100 landlichen Wählerstimmen 25,58, dem Zentrum 24,88 und den Antimilitären und Landwirtsch. 1,26.

Sie diese Wahlkreisverteilung auf die Wahl der Abgeordneten einwirft, zeigt folgende Gegenüberstellung. Es erschien bei der Wahl 1906 an Stimmen und Abgeordneten:

Table with 4 columns: Gegner, Anhänger, Abgeordnete, Stimmen. Rows for Konservativ, Sozialdemokraten, Zentrum, Antimilitäre, Freiwirtschaftliche, etc.

Insgesamt wurden 4 Abgeordnete (2,90 Proz.) gewählt, die zu keiner Partei gehören. Damit dieser Wahlkreisverteilung haben die Parteien der Wahlrechtsreform für 59,11 Proz. der Wählerstimmen nur

27,75 Proz. der Abgeordneten erhalten, wobei die Sozialdemokratie die hauptsächlichste Verlustträgerin ist, während die Wahlrechtsreformgegner für 37,56 Proz. der Stimmen 71,32 Prozent der Mandate zum preussischen Landtage einheimen.

Über auch die liberalen Parteien haben dabei mehr Abgeordnete erhalten, als ihnen nach Maßgabe der Wählerstimmen zustanden. Dies erklärt sich aus dem Zusammenwirken von Wahlkreisverteilung und Majoritätswahl.

Diese Entrechtung der städtischen Wähler ist eine ungeheuerliche, die der indirekten Wahl und der Majoritätswahl im Gemeindegemeinschaft nichts nachgibt. Ihre schlimmen Wirkungen zeitigt sie in den Großstädten.

Der Arbeiterklasse Preußens fällt die Kulturaufgabe zu, mit dieser politischen Unterdrückung der Städte aufzuräumen und den großen Zentren der Kultur und des Fortschritts die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen.

Der Transportarbeiterverband und die Wahrheit.

Dem Transportarbeiterverband ist es Agitationsbedürfnis, von Zeit zu Zeit, oft auch sehr schnell aufeinanderfolgend, Kläuberpropaganda über den Brauereiarbeiterverband im 'Courier' zu veröffentlichen.

Über den Tarifabschluß mit der Teutonia-Brauerei in Hamburg, über welchen wir noch nicht berichtet haben, heißt es in einem Versammlungsbericht des Transportarbeiterverbandes aus Hamburg im 'Courier' Nr. 8:

„Dann geht Redner (Daneis) auf den vor kurzem erfolgten Tarifabschluß des Brauereiarbeiterverbandes mit der Teutonia-Brauerei ein. Derselbe hat für unsere Kollegen Flaschenbierkäufer Nachteile mit sich gebracht.“

Als weil der Brauereiarbeiterverband sich wieder einmal unangenehm geäußert haben sollte, die Interessen der Käufer zu vertreten, und die Ringbrauereien aus den Abmachungen mit der Teutonia zum Nachteil der Käufer Kapital schlagen würden.

Als in die Tarifbewegung mit der Teutonia-Brauerei eingetreten wurde, haben betriebsliche Aufstellung der eigentlichen Forderungen mehrere Betriebskommissionen festgestellt. In diesen Versammlungen haben sämtliche in der Brauerei beschäftigten Arbeiter teilgenommen.

bis 31. März um 7 Uhr und vom 1. April bis 30. September um 6 Uhr morgens.

Nachdem nun der Tarif abgeschlossen war, versuchten einige Mitglieder des Transportarbeiterverbandes, ob auf Veranlassung von anderer Seite oder aus eigenem Antriebe, entgegen unserer Kenntnis, den Tarif herabzusetzen.

„Abschaffung des festen Lohnes und Einführung des Prozentfahrens für die Flaschenbierkäufer.“

„Nehlich hat es der Transportarbeiterverband auch schon anderswo gemacht, auch in Berlin im Jahre 1906. Aber ein denkender Arbeiter muß staunen über eine solche Forderung.“

Das ist die Antwort der Kollegen Kuffner auf das arbeiter-schädigende Treiben des Transportarbeiterverbandes. Und das Jahr- und Stallpersonal in den Ringbrauereien in Hamburg, soweit es noch dem Transportarbeiterverbande angehört, wird im eigenen Interesse gut tun, dem Beispiel der Kollegen in der Teutonia-Brauerei zu folgen.

„Stimmen muß man aber hoch, daß nach allem, was der Transportarbeiterverband bisher gegen die Interessen der Bierfahrer getan hat, und besonders nach seiner „Glaubensleistung“ in den Breslauer Bierneidertagen, er noch den Mut findet, von der Unfähigkeit des Brauereiarbeiterverbandes zur Vertretung der Interessen der Bierkäufer zu reden.“

„Trotzdem bringt der Transportarbeiterverband im 'Courier' immer „erneute Beweise“ von der Unfähigkeit des Brauereiarbeiterverbandes zur Vertretung der Interessen der Bierfahrer und von seiner eigenen Geschicklichkeit und Arbeit.“

„Abgegebene Stimmen: 17473; davon für Verschmelzung: 11848; davon gegen Verschmelzung: 5475; davon ungültig: 150.“

„Das Abstimmungsresultat in den einzelnen Zahlstellen wird in der nächsten Nummer bekanntgegeben.“

Der Hauptvorstand.

Bewegung im Berufe. Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

7. Suzug ist fernzuführen nach Viebrich a. Rh., Marktredwitz, Freiburg i. Br., Niesel, K. Freiburg, Bruchsal (Walfabrik) und Warthausen b. Wiberach (Walfabrik).

7. Freiburg. Zum Kampf in Freiburg-Niesel. Nachdem der Kampf nun schon 5 Wochen dauert, ist es charakteristisch, daß der „Arbeiter“ Gewerkschaftssekretär S. u. n. mit seinen gelben Bundesgenossen es immer noch für notwendig hält, sich abzumühen und den Arbeitererrat zu beschönigen.

„Das Flugblatt beginnt: „In dem bedauerlichen Kampfe“, der gegenwärtig im Brauereigewerbe tobt. Höher geht die Heuchelei doch nicht mehr. Derselbe Herr Kuhn, der hinter den Kulissen mit den Brauereien es angezettelt hat, die freigeorganisierten Brauereiarbeiter in den Kampf zu treiben, bestift noch die

Dreifigkeit, von einem bedauerlichen Kampf zu schreiben. Da kommt einmal die Zeit kommen der 'christlichen' Gewerkschaft...

Su Abgängen hat sich an dem Kampf noch nichts geändert. Die Brauereiarbeiter gleicht immer noch einem Gefängnis...

Es sollen diese Arbeiter zwar etwas teurer kommen, aber was liegt daran, es ist ja da - die Hauptsache ist, daß die roten raus...

Hamburg. Tarifvertrag. Durch Abschluß eines Tarifvertrages mit den hiesigen Brauereien, Aktienbrauerei und...

Die tägliche Arbeitszeit wurde für alle Arbeiter von 9 1/2 auf 8 Stunden festgelegt. Für das Maschinen- und Heizerpersonal wurde die Achtstundentage eingeführt.

Die Löhne wurden durchweg um 2 bis 3 Mk.; für die Kutscher und Mitfahrer der Niederlage in Hamburg um 6 Mk. pro Woche erhöht.

Die Heberstundenzüge wurden für alle Arbeiter einheitlich auf 70 Pfg. pro Stunde festgelegt. Die Arbeiterinnen erhalten 50 Pfg. pro Stunde.

Einen alljährlichen Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes erhalten alle Arbeitnehmer, nach einer Tätigkeit im Betriebe von einem Jahre, von 3 Tagen, nach einer solchen von 3 Jahren, von einer Woche.

Die Bezüge der Arbeiter, welche der § 616 Bürgerlichen Gesetzbuches ihnen zusichert, wurden in der in den Tarifverträgen des Brauereiarbeiter-Verbandes üblichen Weise festgelegt.

Mit diesen nicht zu unterschätzenden Erfolgen, welche durch das bereitwillige Entgegenkommen der Firma, das wir auch zu würdigen wissen werden, zustande kam, können alle Kollegen zufrieden sein.

Höln. Lohnbewegung und Streik. Wie wir in Nr. 10 unserer Zeitung berichteten, hat die Versammlung vom 20. Februar das Angebot der Brauereien in der angenommenen Resolution richtig gekennzeichnet.

In einer daran anschließenden Funktionärsitzung wurde dann beschlossen, in der parzialen Streik einzutreten und zwar auf der Adlerbrauerei, weil dort die schlimmsten Umgehungen im alten Tarif schon zu verzeichnen waren.

Zu der dann ausgenommenen Verhandlung wurde verlangt, daß als Vorbedingung zu einer eventl. Abschluß zum Abschluß eines Tarifvertrages erst die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse.

Inzwischen haben am Freitag schon Verhandlungen stattgefunden. Zugabe wurde: die halbe Stunde Verkürzung der Anwesenheitspflicht, Lohn für die Brauer, Mäler, Küfer und Handwerker...

Dibenburg. Die gefährliche Existenz des deutschen Arbeiters bis ins hohe Alter wurde einmütig als feststehende Tatsache hingestellt. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, zeigt folgender Fall: der Maschinenist H. war im neunzigsten Jahre in der hiesigen Klosterbrauerei beschäftigt.

lichen Altes geordert welchem Verlangen N. entsprach. In diesem Alter war dem Sinne nach unter anderem auch bemerkt, daß N. während seiner Krankheit einen Deliriumsanfall bekommen sollte.

Sie hat es sich wieder zur Evidenz bewiesen, daß dem Arbeiter nur eine gute Organisation eine sichere Gewähr für seine Existenz bietet. Unseren Eldenburger Kollegen, die bisher fortgesetzt...

Malzfabriken.

Warthausen u. Sibersd. Wegen Differenzen in der Malzfabrik Angelegenheit Zugung von Malzereiarbeitern streng vorzugehen.

Korrespondenzen.

Berlin. Die am 15. Februar stattgefundenen Generalversammlung nahm zunächst an Hand des gedruckt vorliegenden Jahresberichtes der Tätigkeit der Ortsverwaltung entgegen.

Tarifabschlüsse erfolgten mit dem Pilsener Brauhaus, Königs-Winterbrauhaus; Braueri 'Alt-Berlin' und Brauerei Reich, Charlottenburg, wobei allenthalben namhafte Verbesserungen erzielt wurden.

Bezüglich der Agitation wird erwähnt, daß die geplante Hausagitation wochentags genauer Listen bedürfe, auf Grund deren die weiteren Schritte zu tun seien. Im Berichtsjahre fanden statt: 4 Generalversammlungen, 4 gemeinsame Mitgliederversammlungen, 20 Gruppenversammlungen.

Der Jahresfassenbericht bilanzierte mit 91.743,68 Mk. An Krank- und Arbeitslosenunterstützung wurde bezahlt 26.947,20 Mk. an Sterbegeld 1.370 Mk.

Die Lokalkasse zeigte eine Einnahme von 47.638,89, und 7912,76 Mk. Ausgabe, mithin einen Bestand von 39.926,13 Mk. Der Mitgliederbestand wuchs von 3394 im Vorjahre auf 4151 im Berichtsjahre.

Nach kurzen Erläuterungen seitens der Vorsitzenden erfolgte die Vorstandswahl. Eingehender wurde sodann über die am 20. Februar stattfindende Urabstimmung bezüglich der Verschmelzung mit dem Malzereiarbeiterverband gesprochen.

Die Lokalkasse zeigte eine Einnahme von 47.638,89, und 7912,76 Mk. Ausgabe, mithin einen Bestand von 39.926,13 Mk.

Wegendorf. Am 20. Februar fand hier eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt, die sehr gut besucht war. Kollege Schwefinger aus Landskron hielt einen einjündigen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Gera. In unserer Versammlung am 16. Februar referierte Genosse Frank über: Den Ursprung der Familie und das Privateigentum des Staates und der Familie und forderte die Kollegen am Schlusse zu reger Beteiligung an der Zentralbibliothek der Gewerkschaften auf.

Guben. Die Ausbeutung in der Malzfabrik Kröf unter der Leitung des Malzmeisters Prostke ist auch ein Schulbeispiel dafür, wie man mit Arbeitern umspringt und sie entloht wo die Organisation noch nicht besternd eingegriffen hat.

Was das Standbild ist: die Leute müssen hart auf hauen, weil es Gummischuhe nicht gibt. Wird dann ein stollege krank, wie es im Herbst der Fall war, dann schiebt Prostke dieses auf die schlechte Kleidung...

Hamburg. In der sehr gut besuchten Versammlung am 13. Februar waren 16 Aufnahmen zu verzeichnen. Ueber die Frage der Verschmelzung mit dem Malzereiarbeiterverband sprach Bezirksleiter Kollege Luz.

Langenberg i. B. Die Organisationsfeindschaft der Langenberger Brauerei oder was für Mittel die Langenberger Brauerei anwendet, um ihren Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht vorzuenthalten.

Langenberg i. B. Die Organisationsfeindschaft der Langenberger Brauerei oder was für Mittel die Langenberger Brauerei anwendet, um ihren Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht vorzuenthalten.

Langenberg i. B. Die Organisationsfeindschaft der Langenberger Brauerei oder was für Mittel die Langenberger Brauerei anwendet, um ihren Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht vorzuenthalten.

Langenberg i. B. Die Organisationsfeindschaft der Langenberger Brauerei oder was für Mittel die Langenberger Brauerei anwendet, um ihren Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht vorzuenthalten.

Langenberg i. B. Die Organisationsfeindschaft der Langenberger Brauerei oder was für Mittel die Langenberger Brauerei anwendet, um ihren Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht vorzuenthalten.

Langenberg i. B. Die Organisationsfeindschaft der Langenberger Brauerei oder was für Mittel die Langenberger Brauerei anwendet, um ihren Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht vorzuenthalten.

1954,60 Mk. An Unterstützung bei Krankheit und Rechtschutz und sonstigen Ausgaben wurden 303,10 Mk. gebraucht; an die Hauptkasse wurden 1046,50 Mk. gesandt. Der Mitgliederbestand war Ende des Jahres 52. Eine lebhafte Aussprache erfolgte über die in der Lohnbewegung stehende Vereinsbrauerei und wurde beschlossen, in nächster Zeit eine gemeinschaftliche Gewerkschaftsversammlung abzuhalten.

Anna. Die Generalversammlung vom 7. Februar nahm nach Erhebung der Lokalangelegenheit und Entgegennahme des Kartellberichts die Abrechnung vom 4. Quartal entgegen. Dieselbe ergab eine Einnahme von 72,60 Mk., eine Ausgabe von 28,72 Mk.; an die Hauptkasse gesandt 43,88 Mk. Der Mitgliederbestand ist 21, jedoch können wir schon wieder von einer erheblichen Steigerung berichten. Nachdem die Wahlen erledigt, erinnerte Kollege Braun an die Urabstimmung und bekräftigt die Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband, jedoch gleichzeitig bemerkend, daß er in bezug der anderen Verbände, welche vor zwei Jahren zum Anschluß bereit waren, noch heute auf denselben Standpunkt stehe und Gegner des Anschlusses derselben sei.

Hierauf hielt der Bezirksleiter Brülling einen kurzen Vortrag über die Tarifverträge, die Entstehung und Entwicklung derselben bis zum heutigen Tage, die unzureichenden Verhältnisse recht dabei würdigend, weil hier unbedingt etwas geschaffen werden müsse, jedoch der Organisation die noch fernstehenden Kollegen sobald als möglich zuzuführen, muß eines jeden Mitgliedes Pflicht sein, um dem Unternehmer in geschlossener Phalanx entgegenzutreten zu können. Die Gründung einer Lokalkasse wurde angeregt und die Vorteile einer solchen geschildert, jedoch vorläufig zurückgestellt. Nachher... die Kollegen nochmals ermahnte, in der Agitation nicht zu erlahmen, und jeder seine volle Pflicht der Organisation gegenüber zu erfüllen, erfolgte Schluß.

Rundschau.

Der Malzschick in Bayern.

Am 11. März nahm die Kammer der Reichsräte das Malzschickgesetz in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse des Reichsrats, wie wir sie in voriger Nummer mitgeteilt haben, an. Das Gesetz wird in dieser Fassung wieder an den Ausschuß der Kammer der Abgeordneten zurückverwiesen. Die Tagung der Abgeordnetenkammer ist bis zum 30. Juni verlängert worden.

Die Ausgewiesenen von Striegau.

Ende des vorigen Jahres wurden drei tschechische Kollegen, die in der Malzfabrik Wahrensdorf in Striegau beschäftigt waren, aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen, weil sie sich dem Brauereiarbeiterverbande angeschlossen hatten, was der Betriebsleitung hinterbracht wurde. Die Kollegen wurden während der Festhütdspanne von drei Polizisten in Begleitung von drei Polizeihunden nach der Polizeiwache geholt, dort verhört und dann über die Grenze abgeführt. Dem Verheirateten unter ihnen wurde nicht einmal erlaubt, von seiner Familie Abschied zu nehmen. Ungenügend bekleidet und hungrig wurden sie am selben Tage von 4 Polizisten über die Grenze geschickt, in Ziegenhals verbracht, wo sie eine Stunde wegs in tiefster Schneedecke nach Judmaniet, wo sie der österreichischen Behörde übergeben wurden.

Mit der Strafe, daß die Kollegen aus der Arbeit gerissen und unter solchen Umständen über die Grenze geschickt, ist vor die Grenzlosigkeit gestellt wurden, war der „Gerechtigkeit“ noch nicht Genüge geschehen, jetzt hat sich auch der Staatsanwalt noch ihrer

angenommen. Zwei von den Ausgewiesenen sind angeklagt wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und haben sich am 9. März vor dem Schöffengericht in Striegau zu verantworten, weil sie hinreichend verdächtig erschienen, „zu Striegau im Monat November 1909 durch eine fortgesetzte Handlung andre, nämlich die Arbeiter Julius Schmidt, Gavlit und Hartmann, durch Drohungen und Ehrverletzungen zum Beitritt zu einer Organisation behufs Erlangung günstiger Lohnbedingungen zu bestimmen versucht haben.“ Hierzu sind geladen als Zeugen u. a.: Malzmeister Rentwig und Fabrikbesitzer Wahrensdorf.

In der Einladung zum Termin wird als Nachschrift den Angeklagten, die sich selbstverständlich jetzt außerhalb des „arbeitereigenen“ preussischen Staatsgebietes befinden, sicheres Geleit gewährt, unter der Bedingung, daß sie auf der Hin- und Rückreise lediglich die Bahnstrecke Görlitz-Köfnitz-Liegnitz-Striegau benutzen, vor dem 9. März das preussische Staatsgebiet nicht betreten und daselbe am gleichen Tage verlassen. Das sichere Geleit erlischt, wenn ein auf Freizeitsstrafe lautendes Urteil ergeht oder die Angeklagten Anstalten zur Flucht treffen oder obige Bedingungen nicht innehalten.

Die Kollegen werden tief gerührt sein über die preussische Staatsfürsorge, die man ihnen anbietet und werden wohl im innersten des Herzens Abbitte leisten, daß sie sich von der Polizei eine schlechte Meinung über Preußens Gastfreundschaft beibringen ließen; die Staatsanwaltschaft meint es ja so gut und macht das an ihnen verübte Unrecht sicher wieder gut. Zweifel sind verboten!

Streitbruch und Streifbrotlieferung des „Bundes deutscher Brauereifreunde“.

Wer von den Kollegen bestimmte Angaben über Einzelfälle des Streitbruchs und der Streifbrotlieferung des „Bundes“ im ganzen Lande im Laufe der Jahre, möglichst unter Namensangabe der in Frage kommenden Personen, machen kann, wird gebeten, darüber umgehend an den Hauptvorstand zu berichten.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schilderstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275.

Diese Woche ist der 12. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Louis Buchwald, Hilfsarbeiter, Buch-Nr. 8494, geb. 16. Oktober 1886 zu Städte h. Garburg a. G., eing. 1. November 1899 in Hannover; August Weber, Brauer, Buch-Nr. 26044, geb. 3. September 1875 zu Ebershausen, eing. 26. April 1902 in Rempten; Joh. Groppe, Bierfahrer, Buch-Nr. 26087, geb. 7. März 1876 zu Kettenbach, eing. 1. August 1905 in Rempten; Clement Wiedemann, Bierfahrer, Buch-Nr. 26197, geb. 2. Mai 1877 zu Kleinathingen, eing. 1. Februar 1908 in Rempten; Heinrich Watzhine, Brauer, Buch-Nr. 18600, geb. 6. April 1871 zu Marienborn, eing. 8. Februar 1905 in Traunschweig; Max Solleder, Brauer, Buch-Nr. 60073, geb. 1883 zu Berg, ein. 1. Juli 1906 in Meran (Tirol);

Georg Nieberl, Brauer, Buch-Nr. 51176, geb. 22. April 1863 zu Thann i. Wdh., eing. 1. Dezember 1907 in Trammstein. Vorstehende haben ein Duplikat mit gleicher Nummer erhalten; nur dieses ist gültig.

Das Buch, Nr. 60199, ist verloren gegangen. Bei Vorzeigen ist dasselbe anzuhalten und an den Hauptvorstand einzufenden.

Eingänge der Hauptkasse

vom 7. bis 13. März 1910.

- Für Beiträge: Gernsrode 40.—, Oldenburg 100.—, Magensfurt 10,75, Minden i. W. 200.—, Erlangen 149.—, Schmetrin 200.—, Gießen 100.—, Neumünster 108,50 Mk.; Für Inserate: Dortmund 2,10, Frankfurt a. M. 2,30, Freiburg i. Baden 2,10, Ingolstadt 2,10, Kassel 2,10, Augsburg 2,10 Mk.; Für Notizkalender: Regensburg 37,50, Schwemningen 15.—, Gotha 12,50, Zittau 2,90, Frankfurt a. M. 113.—, Waren 1,50 Mk.; Freiwilliger Beitrag: durch Bezirksleiter Schmutz-Frankfurt a. Main 40.— Mk.

Materialverkauf.

Berlin 800 Mitgliedsbücher, Frankenthal 10 Mitgliedsbücher und 1600 Marken a 50 Pf., Ulm 50 Mitgliedsbücher, Osterode 25 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 50 Pf., Regensburg 1200 Marken a 50 Pf., Minden i. W. 1600 Marken a 50 Pf., Remet 200 Marken a 50 Pf., Göttingen 10 Mitgliedsbücher und 600 Marken a 50 Pf., Traunstein 25 Mitgliedsbücher, Schweidnitz 400 Marken a 50 Pf. und 200 Marken a 30 Pf., Neubrandenburg 600 Marken a 50 Pf. und 100 Marken a 30 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Bremen. Das Bureau bleibt bis auf weiteres Dienstag- und Mittwochnachts geschlossen. Kreisf. Vorsitzender und Unterstützungsauswähler G. Ruff, Fischelnerstr. 201.

Versammlungsanzeigen.

- Donnerstag, den 17. März. Berlin, 8 Uhr in Kellers Festsaal, Koppenstraße (großer Saal). Sonnabend, den 19. März. Coburg, 8 Uhr im „Gasthof zum neuen Güterbahnhof“, Cottbus, 7 1/2 Uhr bei Rehold, Parzellenstraße. Neuzen, 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Sonntag, den 20. März. Bochum, 4 Uhr bei Gend, Brüderstr. 20. Deggendorf, Metten, Fengersberg, Egg, Nieder-Altich, Plattling, Moos, Wallersdorf, Zilbach, 10 Uhr vormittags bei Antuber („Zum Klosterstuhl“) in Deggendorf. Duisburg, 4 Uhr bei Martz, Felsstr. 9. Elberfeld, Warden-Nemselb, 4 Uhr im Volkshaus zu Elberfeld. Frankfurt a. Ober, 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Hagen i. W., 3 Uhr bei Schmid, Gelberstraße. Jena, 3 Uhr im Gewerkschaftshaus „Zum Löwen“. Selb, Schönbühl, 2 Uhr im Restaurant „Kaufmann“ in Selb. Stade, 2 Uhr in „Bellevue“, Referent Luz-Hamburg. Trossingen, Rottweil, 2 Uhr im „Gasthaus zum Schloß“, in Trossingen. Traunstein, 1 Uhr im Gewerkschaftshaus „Zum Wiesentwirl“. Zittau, 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Breitestraße.

100 Stück gute 6 Pf. Zigaretten für 2.- 921. ... 100 St. hoch 12 Pf. Zigaretten für 5 Mk., 100 St. hoch 12 Pf. Zigaretten für 6 Mk. ...

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma Gebrüder Rauh Gräfrath bei Solingen. Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges. - Versand direkt an Private. Neu! Nachstehendes Portemonnaie 30 Tage zur Probe! Neu! Vexier- oder Sicherheits-Portemonnaie „Patria“ Nr. 5500. Echtes braunes Saffian-Leder, außerordentlich solide, fein vernickelter Außen- und Innenbügel, echtes starkes Lederfutter, drei Fächer. Preis pro Stück nurl. 1.50 Mk. franko. Ausführliche Gebrauchsanweisung wird jedem Stück beiliegend. Buchstaben oder Monogramme Golddruck in das Leder eingepreßt kosten 10 Pfg., das ganze Name 20 Pfg. Umsonst portofrei versenden wir auf Wunsch unseren großen illustrierten Prachtkatalog. Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages. Garantiebuch. Nicht-tauschbare Waren tauschen wir bereitwillig um oder zahlen Betrag zurück.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg. Einlagegeher erhalten: ... 1. März bis 12. März 1910. ...

Brauereistiefel. mit 2 Gürtelriemen wie ... Brauer-Hohlschuh. Joh. Harders. ...